

## Beirat Bürgerbeteiligung – Handlungsempfehlungen aus der 8. Sitzung

### Arbeitsgruppe 1: Der Beirat als Wächter der Leitlinien

Ergebnis der Arbeitsgruppe	Mögliche Maßnahmen
Der Beirat sollte mehr Eigenwerbung machen und seine Möglichkeiten in Bürgerschaft, Verwaltung und Politik besser darstellen.	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Beiratsmitglieder der Reihe nach auf Website, Social Media, Newsletter etc. vorstellen</li> <li>- Pressemitteilungen nach jeder Beiratssitzung an Presse verschicken</li> <li>- Plakat mit Mitgliedern des Beirats „Sprechen Sie uns an“</li> <li>- Mitglieder bei Beteiligungsveranstaltungen vorstellen (an diese Personen können Sie sich wenden)</li> <li>- Mitglieder bei Präsentationen (VHS etc.) vorstellen</li> </ul>
Die Beiratsmitglieder sollten in ihren Institutionen über die Arbeit des Beirats und im Beirat über die Anregungen ihrer Institutionen berichten.	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Beiratsmitglieder stellen sich und ihre Institution in der Sitzung vor und erzählen, wie das Thema Beteiligung in ihrer Institution besprochen wird</li> <li>- Die Beiratsmitglieder laden die Stabsstelle in ihre Institution ein</li> </ul>
Der Beirat sollte mehr Empfehlungen an die Politik im Allgemeinen/ den Rat im Besonderen sowie an die Verwaltung aussprechen.	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Moderation fragt bei jedem Tagesordnungspunkt nach Empfehlungen und unterstützt bei der Formulierung</li> <li>- Tagesordnungspunkte zielgerichtet formulieren</li> </ul>
Die Stabsstelle sollte häufiger über positive und negative Erfahrungen ihrer Bürgerbeteiligungsverfahren und Anfragen von Bürger*innen berichten.	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Fester Tagesordnungspunkt „Rückblick und Ausblick“ (vergangene Verfahren, Letzte Beiratssitzung – Rückmeldungen aus der Verwaltung etc., anstehende Termine) → Problem Zeit</li> <li>- Alle Beiratsmitglieder abonnieren den Newsletter</li> </ul>

## 2. Arbeitsgruppe: Die Verankerung der Leitlinien in Politik und Verwaltung

<b>Ergebnis der Arbeitsgruppe</b>	<b>Mögliche Maßnahmen</b>
<p>Die Stabsstelle sollte den Verwaltungsmitarbeiter*innen die Vorteile von Bürgerbeteiligung deutlich machen und dafür z.B. in Führungskräftetreffen, Geschäftsbereichskonferenzen und Teilpersonalversammlungen berichten. Es soll ein regelmäßiger Austausch stattfinden. Wichtig ist, dass nicht nur die Führungsebene, sondern auch die Kolleg*innen, die Projekte konkret umsetzen, überzeugt werden. Ziel ist, dass die Verwaltung Bürgerbeteiligung als Querschnittsaufgabe versteht und die Kolleginnen der Stabsstelle als Profis genutzt werden</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Steuerungsgruppe/Runder Tisch Beteiligung und Engagement (bereits in Planung)</li> </ul>
<p>Die Stabsstelle sollte den Verwaltungsmitarbeiter*innen einen kurzen Leitfaden/Werkzeugkasten für Bürgerbeteiligung an die Hand geben.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gemeinsame Entwicklung mit Beirat und Steuerungsgruppe/Runder Tisch</li> </ul>
<p>Die Stabsstelle sollte der Politik/dem Rat/den Bezirksvertretungen/ den Fraktionen die Vorteile von Bürgerbeteiligung deutlich machen. Sie sollte best-practice-Beispiele vorstellen, z.B. die Umgestaltung der Friedrichstraße, an der die BV Elberfeld mitgewirkt hat. Dieses Projekt verläuft bislang reibungslos, weil die Bürger*innen frühzeitig und transparent miteinbezogen wurden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Stabsstelle kontaktiert alle BVen und bietet an, ihre Arbeit mit best-practice-Beispielen in einer Sitzung vorzustellen.</li> <li>- Die Stabsstelle lädt zu jedem Verfahren gesondert die Politik ein und berücksichtigt die Einbindung der Politik bereits in der Konzeptentwicklung</li> <li>- Die Stabsstelle trifft sich gesondert mit den politischen Vertreter*innen im Beirat und überlegt weitere Schritte</li> </ul>
<p>Bürgerbeteiligung sollte festes Element in allen Verwaltungsvorlagen sein („Beteiligungscheck“).</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Nach der schlechten Erfahrung mit dem Demographiecheck rät die Stabsstelle davon ab.</li> </ul>
<p>Es sollten Ziele und Kennzahlen für Bürgerbeteiligung definiert werden (dort, wo es Sinn macht).</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Stabsstelle entwickelt für jedes zukünftige Beteiligungsverfahren eine standardisierte Evaluation, die auch als Muster für andere Verwaltungsmitarbeiter*innen dienen kann.</li> </ul>
<p>Bürgerbeteiligung sollte regelmäßiger Tagesordnungspunkt in Fraktionssitzungen oder Sitzungen von Ausschüssen und</p>	

Bezirksvertretungen sein.	
Die Politik sollte Bürgerbeteiligung in Anträge und Aufträge an die Verwaltung aufnehmen.	
Die Politik sollte die Stabsstelle einladen, um sich berichten zu lassen.	- Die Stabsstelle bietet offensiv an, in Fraktionssitzungen etc. zu berichten

### 3. Die Umsetzung und Weiterentwicklung der Leitlinien und des Beirats Bürgerbeteiligung

Ergebnis der Arbeitsgruppe	Mögliche Maßnahmen
An jedem Bürgerbeteiligungsverfahren sollten „Pat*innen“ (Patentandem) aus dem Beirat teilnehmen, die dem Beirat davon berichten und die Verfahren evaluieren können.	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Stabsstelle bindet die jeweiligen Beiratsmitglieder bereits in die Konzeptentwicklung mit ein</li> <li>- Die beiden Pat*innen besuchen die Vor-Ort-Veranstaltungen und evaluieren die Beteiligungselemente (offline und online) anhand einer Qualitäts-Checkliste</li> <li>- Nach jeder Vorstellung neuer Beteiligungsverfahren, kann ein Patentandem bestimmt werden</li> <li>- Die Stabsstelle und die Beiratsmitglieder achten gemeinsam darauf, dass nicht immer dieselben Personen diese Funktion übernehmen</li> <li>- Das Tandem berichtet regelmäßig gemeinsam mit der Stabsstelle über das jeweilige Beteiligungsverfahren</li> </ul>
Auch die Vertreter*innen der Verwaltung sollten persönliche Vertreter*innen für den Beirat haben.	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Neues Dezernat muss berücksichtigt werden</li> </ul>
Im aktuellen Beirat sitzen viele ältere Mitglieder und wenige Mitglieder mit Migrationshintergrund. Es sollte eine größere gesellschaftliche Vielfalt dargestellt werden. Außerdem sollte eine paritätische Beteiligung von Frauen und Männern sichergestellt werden.	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Vielfalt soll über die Auswahl neuer Institutionen abgebildet werden</li> <li>- Paritätische Besetzung?</li> </ul>
Die Richtlinie, dass die fünf größten Fraktionen Vertreter*innen in den Beirat entsenden, muss überdacht werden, insbesondere bei starken politischen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Vorschlag: Die politischen Vertreter*innen werden über eine Gesamtliste gewählt. Die Liste ist nicht an die größten Ratsfraktionen</li> </ul>

Veränderungen im Rat.	gebunden.
<p>Es muss entschieden werden, welche Institutionen im nächsten Beirat vertreten sein sollen. Dafür muss berücksichtigt werden, welche Institutionen regelmäßig an den Beiratssitzungen teilgenommen bzw. warum sie evtl. nicht teilgenommen haben.</p>	<p>Bisher</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bezirks- und Bürgervereine</li> <li>- Utopiastadt</li> <li>- Wuppertalbewegung</li> <li>- Stadtsportbund</li> <li>- DGB</li> <li>- Der Paritätische</li> <li>- Naturschutzbund</li> <li>- Schulen</li> <li>- Beirat für Menschen mit Behinderung</li> <li>- Integrationsrat</li> </ul> <p>Neue mögliche Institutionen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Jugendrat</li> <li>- Migrantenselbstorganisation/Forum der Migrantenvereine</li> <li>- Universität/Wuppertal Institut</li> <li>- Jobcenter oder Vergleichbares</li> </ul>
<p>Während die Vertreter*innen der freien Plätze und evtl. die Vertreter*innen der Institutionen ausgetauscht werden, könnten die Vertreter*innen von Politik und Verwaltung im Beirat bleiben. Es muss aufgepasst werden, dass kein Professionalitätsgefälle entsteht.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Dem Professionalitätsgefälle kann mit einem Einführungsworkshop in Bürgerbeteiligung und einer Materialmappe für alle Beiratsmitglieder entgegengewirkt werden.</li> </ul>